

Wir sind nicht alle – Der Globale Süden und die Ignoranz des Westens

Keynote zur Eröffnung der 21. Entwicklungspolitischen Konferenz der Kirchen und Werke

Dr. Johannes Plagemann

Wuppertal, 19.3.2024

Guten Tag, herzlichen Dank für die Einladung, über die ich mich sehr gefreut habe und ich freue mich insbesondere auf die Diskussion gleich im Anschluss.

Vielleicht noch als kleine Ergänzung zu mir: ich bin Politikwissenschaftler am Institut für Asienstudien des GIGA in Hamburg. Und für die die das GIGA nicht kennen, dort arbeiten vor allem Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler zu Asien, Afrika, Lateinamerika und dem Mittleren Osten – dem gesamten Globalen Süden also. Ich selbst befasse mich mit Fragen der internationalen Politik, den Veränderungen der internationalen Politik, insbesondere im Zuge des Aufstiegs von Staaten wie Indien, China und anderen. Machtwechsel in der internationalen Politik also und mich interessiert besonders, wie die Außenpolitiken nicht-westlicher Staaten zustande kommen, was sie antreibt, wo sie sich von unseren, westlichen Vorstellungen unterscheidet. Was umso wichtiger ist, je mehr die Staaten des Globalen Südens mitreden in der internationalen Politik, dem Westen Paroli bieten und Abhängigkeiten hinter sich lassen, in einer zunehmend multipolaren Welt. Einer Welt mit verschiedenen Zentren, einer Welt mit einer Vielzahl an Groß- und Mittelmächten aus dem Norden, Süden, Osten und Westen, ohne die keine der globalen Probleme zu lösen ist. Und eine Welt, in der Westen weniger zentral ist, als wir es lange gewohnt waren.

Und damit sind wir bei meinem jüngsten Buch – und dem Titel meines Vortrags: „Wir sind nicht alle: der Globale Süden und die Ignoranz des Westens.“ Das Buch habe ich im letzten Jahr mit meinem Freund und Ko-Autor Henrik Maihack geschrieben, zu einem Zeitpunkt, der sich als besonders opportun herausgestellt hat. Ich möchte das mit einem kurzen Rückblick erklären, auf den russischen Angriff auf die Ukraine vor etwas mehr als zwei Jahren, der bei uns die vieldiskutierte Zeitenwende ausgelöst hat.

Im Globalen Süden waren die Reaktionen auf Russlands Angriff nämlich so gar nicht das, was wir uns in Deutschland gewünscht und viele auch erwartet haben. Oft werden ja die Verurteilungen des russischen Einmarschs in der Generalversammlung der Vereinten Nationen als Beleg dafür gesehen, dass Russland zum Pariastaat wurde. Der geeinte Westen könne sich gegenüber Russland also auf die Unterstützung praktisch aller Staaten berufen – minus der üblichen Verdächtigen, wie Nordkorea, Syrien, Belarus, Eritrea und natürlich China.

In Wirklichkeit verdeckte die kurze Einigkeit in den Vereinten Nationen, dass die große Mehrzahl der Staaten im globalen Süden eine andere Wahrnehmung haben als wir. Natürlich teilen kleine und mittelgroße Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika ein grundsätzliches Unbehagen gegenüber dem Einmarsch Russlands, das schon. Für viele ist das ein abschreckender Fall eines mächtigen Staates, der über die Interessen seines kleineren Nachbarn hinweggeht. Noch stärker wirkt aber die Ablehnung, sich in einen *europäischen* Konflikt hereinziehen zu lassen. Das heißt auch, dass die westliche Darstellung des Krieges

als *globale* Herausforderung viele nicht überzeugt. Und Putin selbst tut ja auch alles dafür, den Krieg als Streit zwischen Russland und den USA darzustellen. Also, letztlich als ein Großmachtkonflikt in und über Europa. Und im Ringen zwischen den Großmächten in Europa haben kleinere und mittlere Staaten im Globalen Süden wenig zu gewinnen und viel zu verlieren.

Zumal ja viele Staaten durchaus konkrete Interessen an gedeihlichen Beziehungen zu Russland haben. Indien und Vietnam beziehen zum Beispiel ein Großteil ihrer Rüstungsgüter aus Russland, oft als Ergebnis jahrzehntelanger Partnerschaften, die sich nicht leichtfertig ersetzen lassen. Wie viele andere Länder des globalen Südens importiert Indien auch einen Großteil der Düngemittel aus Russland. Jetzt kommt noch Öl hinzu. Weizen aus Russland und der Ukraine ist Grundnahrungsmittel in Nahost und Nordafrika. In Bangladesch baut Russland gemeinsam mit Indien ein Atomkraftwerk, das der Westen von Beginn an abgelehnt hat.

Und jenseits der großen Diplomatie ist der Konflikt mit Russland für die *Gesellschaften* in Südostasien, Südasien oder Lateinamerika ein eher fernes Ereignis mit primär ökonomischen Folgen. Darüber hinaus taugt Putins Krieg kaum zur moralischen Entrüstung. Und so richtig übel nehmen kann man das den Menschen auch nicht. Schließlich sind ja die anderen Konfliktherde im Rest der Welt nicht verschwunden – Syrien, Kongo, der Sudan, Myanmar, jetzt Gaza. Dass mit der Ukraine nun ein europäisches Land betroffen ist, dass sich also die *europäische* Sicherheitsarchitektur als instabil erwiesen hat, macht noch keine Zeitenwende im Rest der Welt. Mittlerweile werden derartige Abstimmungen in den Vereinten Nationen vom Westen schon gar nicht mehr angesetzt, aus Sorge, dass die Unterstützerzahl weiter gesunken ist. Auch weil der Westen sich im Zuge des Gaza-Krieges in den Augen vieler im Globalen Süden weiter diskreditiert hat.

Sie merken schon, ich verallgemeinere. Ich spreche vom Globalen Süden, dabei haben Staaten wie Malaysia, Burkina Faso oder Bolivien mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten. Ich will eine ausführliche Begriffsexegese hier vermeiden, halte sie auch gar nicht für besonders produktiv. Wichtig ist aber festzustellen, dass der Begriff des „Globalen Südens“ nicht nur bei uns im Westen sondern eben auch in Afrika, Lateinamerika oder Asien zunehmend verwendet wird. Von Politikerinnen und Politikern, in der Wissenschaft und in der Zivilgesellschaft. Ich meine, das hat einen einfachen Grund: denn neben den vielen Unterschieden teilen die Gesellschaften des Globalen Südens auch einige Wahrnehmungen, in Schattierungen, natürlich, aber eben doch geteilte Wahrnehmungen.

Und diese Übereinstimmungen sind heute wichtiger denn je, sie zeigen sich in den Reaktionen vieler Staaten auf aktuelle Konflikte; sie färben die Wahrnehmung von uns im Westen und von unserem Auftreten im Globalen Süden. Um das zu verdeutlichen, ein paar Worte zu den

Unterschieden im *Geschichtsverständnis* bei uns im Westen und in vielen Gesellschaften des Globalen Südens.

Zuerst, ganz kurz, zum Blick auf die Geschichte, den wir in Deutschland und Europa oft unterbewusst teilen, nicht notwendigerweise mit böser Absicht oder weil wir es nicht besser wissen *wollen*, sondern weil es eben unsere Geschichte ist und sie uns so erzählt wurde. Aus der Schule noch kennen wir ja eine relativ einfache Fortschrittserzählung – beginnend mit der Aufklärung in Europa, nach Immanuel Kant dem „Austritt aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit“, wie es mir mein Geschichtslehrer – aus Wuppertal – eingebläut hat. Aufklärung also, die Entdeckung der Rationalität, das Überkommen von Aberglauben, Feudalismus und kirchlicher Dogmen in den Diensten des Humanismus, des „größten Glücks der größten Zahl“, zum Beispiel, wie es die Utilitaristen um Jeremy Bentham formulierten. Mit Beginn der Aufklärung im 17. Jahrhundert dann auch die Entdeckung der Wissenschaften, riesige Fortschritte in der Medizin, die Entwicklung von einfachen Manufakturen hin zur Industrialisierung; mit dem Aufstieg einer neuen Bildungs- und Unternehmerschicht kam dann die Ausweitung der politischen Teilhabe, langsame Schritte hin zur Demokratisierung Europas und der Gleichberechtigung der Frauen im 19. Jahrhundert.

Und all das wurde damals schon selbstbewusst auch als Beitrag zur Zivilisierung der Welt verstanden, indem Europa die Ideen zum Beispiel von Freihandel, wissenschaftlicher Rationalität und medizinischem Fortschritt in den Rest der Welt exportierte.

Unterbrochen wurde diese Fortschrittserzählung in Deutschland von zwei Weltkriegen und dem Holocaust, dann aber, nach 1945 und erst recht nach 1989 meint man endgültig den richtigen Weg eingeschlagen zu haben, auf der „richtigen Seite der Geschichte zu stehen“, die soziale Marktwirtschaft und Demokratie als Idealform für uns und alle anderen. Das ist nicht bloße Geschichte, weil ja die Entscheidungsträgerinnen und -träger von heute – viele von Ihnen auch – die Wegmarke 1989 selbst miterlebt haben, gerade die 1990er Jahre als Triumphzug des Westens erlebt haben – politisch mit dem Wegbrechen des Sowjetkommunismus, wirtschaftlich, mit der Dominanz europäischer, nordamerikanischer und japanischer Unternehmen auf den Weltmärkten, wissenschaftlich mit der Dominanz westlicher Universitäten, Theorien und Labore und gesellschaftlich mit der Verbreitung von Englisch als Weltsprache sowie dem Kulturexport aus Hollywood, London und Paris.

Zugegeben, das klingt alle etwas einseitig. Ich spitze zu. Aber der Kontrast zum Geschichtsverständnis in weiten Teilen des Globalen Südens bleibt. Was in Europa die Zeit der Aufklärung ist, ist in Südasien, Afrika und Ostasien das Gegenteil, nicht der Anfang, sondern das vorläufige Ende der Selbstbestimmung, weil mit der Aufklärung auch die Kolonialisierung an Fahrt aufnahm. Die wiederum brachte vor allem eines: Fremdbestimmung, den Zusammenbruch vormals mächtiger Reiche, wie in China oder Südasien, die grausame

Versklavung und Verschiffung von Afrikanerinnen und Afrikanern nach Nord- und Südamerika, die willentliche Zerschlagung ganzer Wirtschaftszweige zugunsten europäischer Industrien. Die Kolonisierung brachte auch die Entstehung von Monokulturen, deren Erträge die wachsenden Bevölkerung Europas mit Zucker, Rum und anderen Gütern versorgte. Die Industrien in Europa wuchsen auch deswegen so schnell, weil die Oligarchisierung des Welthandels durch einige wenige europäische Kolonialmächte deren Produktion weltweit vermarktete. Und darin ist sich auch die westliche Geschichtsschreibung mittlerweile einig: Ausgang der Kolonialisierung waren wirtschaftliche Interessen, mit den zivilisatorischen Ansprüchen und imperialistischer Großmannssucht als Beifang – oder Feigenblatt. Zumal die Kolonialisierung ja von Beginn von einem tiefsitzenden Rassismus begleitet wurde. Außerhalb Europas regierte der Sozialdarwinismus nicht Humanismus.

Die Reduzierung von teilweise vormals hochentwickelten Volkswirtschaften auf den Rohstoffabbau wiederum beförderte genau die feudalen Strukturen im Globalen Süden, die man in Europa im Zuge der Aufklärung abzuschaffen suchte, mit Folgen bis heute. Was hier bei uns oft noch als abwegig oder nebensächlich gilt, ist im Globalen Süden gesellschaftlicher Mainstream: dass nämlich der Westen seinen Reichtum der mit dem Kolonialismus begonnen Ausbeutung des Globalen Südens verdankt. Die Kolonien schufen den Reichtum, der den Metropolen ihren Glanz verlieh.

Alles lange her, ja. Und vieles davon ist ihnen längst bekannt, den Kolonialismus zu verurteilen, ist nichts Neues. Deswegen noch ein kurzer Blick auf die jüngere Geschichte. Zumindest unterbewusst gilt vielen 1945 als Wendepunkt, als Sieg gegen das Böse und als Richtigstellung dessen, was der Westen ist, ein Ort der Freiheit und des Wohlstandes, den er bereitwillig teilt. Dabei war schon der Zweite Weltkrieg im Globalen Süden eine andere Erfahrung. Ungefragt kämpften afrikanische und asiatische Soldaten für ihre Kolonialherren um die Freiheit in Europa, die sie in ihren eigenen Gesellschaften gerade nicht erhalten sollten. Denn die Dekolonialisierung wurde den Inderinnen, Indonesiern, Mosambikanerinnen oder Kongolesen ja nicht geschenkt. Sie mussten sie sich erkämpfen, in anti-kolonialen Bewegungen und gegen den verbissenen Widerstand von – aus der Ferne betrachtet – geradezu lächerlich kleinen europäischen Kolonialmächten. Und die Dekolonialisierung zog sich hin. Frankreich kämpfte bis 1962 in Algerien. Die portugiesischen Kolonien in Afrika erkämpften sich erst Mitte der 1970er Jahre ihre Unabhängigkeit. Und auch da standen weite Teile des Westens nicht auf der „richtigen Seite der Geschichte“. Weil die Sowjetunion die Befreiungsbewegungen in Afrika stützte, meinte man in Washington, Berlin und London, man müsse sich auf die Seite rassistischer Siedlerregime stellen. Im Vietnam-Krieg stützten die USA die südvietnamesische Autokratie, keine Demokratie. Ebenso im Kongo, in Pakistan, in Indonesien unter Suharto und Chile unter Pinochet. Derweil lagen Nixon und Kissinger mit dem demokratischen Indien über Kreuz, unter anderem weil dessen Kurs der geopolitischen

Unabhängigkeit in Washington als unbequem galt. Da liegt der Schluss nahe, dass die Demokratie doch eigentlich dem Westen vorbehalten ist, im Rest der Welt waren Autokratien im Systemwettbewerb mit der Sowjetunion dem Westen die angenehmeren Partner.

Und diejenigen, die sich für Blockfreiheit aussprachen – Indiens Premierminister Nehru und andere – wurden für ihren Mittelweg von Beginn an als naiv verlacht – oder der Sympathien für die Sowjetunion verdächtigt. Sie sollte nicht sein, die Bewegung der blockfreien Staaten, die im indonesischen Bandung 1955 ihren Ausgang nahm.

Das änderte sich mit dem Wegbrechen der Sowjetunion 1989. Nur war auch das nicht das Ende der Fremdbestimmung im Globalen Süden. Die 1980er und 1990er Jahre, Sie wissen das, waren die Hochzeit des sogenannten Washington Consensus. Eines volkswirtschaftlichen Reformprojekts, das an US-amerikanischen Eliteuniversitäten erdacht worden war, das in seiner ganzen Radikalität aber Politikerinnen und Politiker selbst in den USA und Europa nie überzeugte. Die zeitgleiche Liberalisierung, Privatisierung und Marktöffnung war von Beginn an ein Rezept für die anderen, gut genug für den Globalen Süden aber zu schmerzhaft für uns. Und tatsächlich hatten die vom Internationalen Währungsfonds, den USA und anderen geforderten „Strukturanpassungen“ teils katastrophale soziale und wirtschaftliche Folgen. Staatliche Unternehmen wanderten in die Hände politischer Eliten oder ausländischer Investoren, deren erste Maßnahme in der Regel die Entlassung von großen Teilen der Belegschaft war. Der Aufbau lokaler Industrien wurde durch die parallele Öffnung zum Weltmarkt erschwert, das Wegfallen von Zöllen ließ die lokalen Unternehmen schutzlos gegenüber der meist westlichen Konkurrenz. So gesehen verhinderte der Westen die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die ihn selbst reich gemacht hat.

Nicht ohne Grund konnten sich Regierungen im Globalen Süden nur im Notfall zu den vom IMF verlangten Strukturanpassungen durchringen. Zum Beispiel im Zuge der Asien-Krise Ende der 1990er Jahre, in der die Währungen von einer ganzen Reihe ostasiatischer und südostasiatischer Staaten einbrachen, auch als Folge der vom Westen forcierten Liberalisierung der Finanz- und Kapitalmärkte. Sinnbildlich dafür steht ein Foto von 1999. Darauf zu sehen ist der damalige französische IMF-Direktor Camdessus mit verschränkten Armen stehend neben dem sitzenden indonesischen Präsidenten Suharto, der gerade die Verträge mit dem IMF unterschreibt, die sein Land zu Strukturanpassungen verpflichtet. Mit desaströsen Folgen. Die Strukturanpassung vertiefte die Krise noch, weil sozialpolitisch nicht gegengesteuert werden sollte. Die Verarmung, politischen Krisen und soziale Verwerfungen waren traumatisch in der Region – sie stehen bis heute sinnbildlich dafür, dass der Westen Krisen selbst erst mitverursacht und dann durch die Krisenbekämpfung noch vertiefte.

Die Staaten Ost- und Südostasiens zogen aus der Asienkrise einen naheliegenden Schluss: man wollte sich in Zukunft nicht mehr derartig abhängig machen von den internationalen

Finanzinstitutionen des Westens. Selbstbestimmung, Autonomie, das waren schon die Motive im Kampf gegen den Kolonialismus. Und die Asienkrise zum Ende der 1990er Jahre zeigt noch etwas: zum Höhepunkt der unipolaren Welt, also einer Welt in der der Westen den Ton angab in der internationalen Politik, die USA vor allen anderen, zu diesem Zeitpunkt war die Unzufriedenheit im Globalen Süden schon groß. Und das Wegbrechen der Sowjetunion als Alternative galt keineswegs als Triumph. Es war ein Triumph des Westens, vor allen Dingen. Kein Triumph des Globalen Südens, dessen entwicklungspolitische und wirtschaftliche Abhängigkeit vom Westen in 1990er und frühen 2000er Jahren so hoch war wie nie zuvor.

Zumal ja mittlerweile klargeworden ist: unter Beschuss geraten sind seitdem gerade die Institutionen und Initiativen, die dem Globalen Süden zugutegekommen wären. Die Doha-Agenda der Welthandelsorganisation etwa, die Anfang der 2000er Jahre als handelspolitisches Projekt für die Entwicklungsländer gedacht war, ist einen langsamen Tod gestorben. Oder die Vereinten Nationen; die leben noch, aber gerade der Sicherheitsrat ist blockiert – nicht des Westens wegen, aber *auch* weil der Westen es verpasst hat, ihn rechtzeitig und im Angesicht des Aufziehens einer multipolaren Welt zu reformieren. Stattdessen treffen sich die großen Staaten seit 2008 bei aufwendig inszenierten jährlichen G20-Gipfeln – Großmachtpolitik der Großmächte, so könnte man das aus der Ferne beschreiben. Indien und andere reklamieren dabei für sich, die Interessen des Globalen Südens zu vertreten. Nur, wer glaubt das wirklich, schließlich haben Indien, China und andere genug eigene Interessen, die sich auf globaler Ebene durchsetzen wollen?

Wobei, manchmal gelingt es gerade China, auch Russland, eben doch ganz gut sich als die bessere Alternative zum Westen zu präsentieren. Chinas Beliebtheit im Globalen Süden beruht vor allem auf zwei Dingen: dem bis vor kurzem noch ungebremsten Wachstums und der Bereitschaft, Infrastruktur dort zu finanzieren und zu bauen, wo die jeweilige Regierung sie haben wollte. In der Corona-Pandemie verteilten Russland, China auch Indien ihre Impfstoffe lange bevor der Westen dazu bereit war. China lieferte außerdem Masken, die man in Deutschland lieber hortete. Effektive Süd-Süd Kooperation.

Das bringt mich zuletzt nochmal zu den jüngsten internationalen Krisen und Krisenreaktionen – die Ukraine habe ich am Anfang genannt. Unmittelbar davor kämpfte die Welt mit der **Covid-19 Pandemie**. Wir erinnern uns alle gut daran, und auch wenn wir jeweils auf eigene Art und ganz persönlich darunter gelitten haben, so war Corona doch vor allem eine *globale* Herausforderung, die insbesondere Staaten im Globalen Süden hart getroffen hat. Da wo die Gesundheitssysteme schon vor der Pandemie kurz vor dem Kollaps standen. Wo Homeoffice und Abstandsgebote unrealistisch waren. Wo man wirtschaftlich abhängig ist vom Tourismus aus dem Westen, der dann mit den Reiseeinschränkungen ein jähes Ende gefunden hat. Ein Moment war da besonders aufschlussreich: Im Dezember 2021 entdeckten afrikanische Forscher die Omikron-Variante des Corona-Virus. Die Reaktion Europas folgte auf dem Fuße:

Reisende aus dem südlichen Afrika bekamen keinen Zutritt mehr. Eine Katastrophe für den Tourismus in der Region, der sich gerade erst zu erholen begonnen hatte. Und höhnisch, weil sich später herausstellte, dass Omikron längst in Großbritannien zirkulierte. Genau dieser Moment wurde westlichen Diplomaten vorgehalten, als sie nur wenige Monate später von afrikanischen Staaten einforderten, sich in bei den Abstimmungen in den Vereinten Nationen solidarisch mit dem Westen und der Ukraine gegen das imperialistische Russland zu zeigen. Kein Interesse, dachte man da in Namibia, Südafrika und anderswo.

Beides, Corona und der russische Angriff auf die Ukraine, tragen zur gegenwärtigen **Schuldenkrise** im globalen Süden bei. Die hat noch weitere Ursachen, die wiederum mit der eingangs beschriebenen Multipolarität zu tun hat. Als nach der Weltfinanzkrise die Kapitalerträge im Westen schrumpften, zog es viele Finanzinvestoren in den Globalen Süden. Staaten wie Sri Lanka, Kenia und vielen anderen wurden auch vom Westen dazu ermuntert, sich nicht mehr bloß bei multilateralen Banken oder staatlichen Gebern zu verschulden, sondern eben auch bei privaten Finanzinvestoren. Gleichzeitig waren die 2010er Jahre die Jahre in denen China mit voller Wucht als Schuldner, vor allem für den Aufbau von Infrastruktur, im Globalen Süden auftrat. Mit dem Ergebnis einer vollkommen neuen Schuldenverteilung in vielen Staaten im Globalen Süden. Einerseits sind sie weniger abhängig von staatlichen westlichen Gebern. Das hat Vorteile. Andererseits fällt es jetzt schwerer als zuvor Umschuldungen zu erwirken, weil die beteiligten Akteure so unterschiedlich sind – und sich gegenseitig misstrauen. Das macht es kompliziert. Westliche Staaten wollen ihre Kredite nicht zugunsten Chinas oder privater Schuldner verfallen lassen. Andersherum genauso. Und die Gremien, die all das koordinieren sollten, die hat unsere multipolare Welt noch nicht so recht erschaffen.

Und was ist mit **Gaza** und dem grausamen Terror der Hamas am 7. Oktober? Mehr noch als im Ukraine-Krieg sieht man im Globalen Süden hier die westlichen Doppelstandards. Die instinktive Solidarisierung mit weißen Israelis, im Falle Deutschlands auch: die Ableitung der gegenwärtigen Politik aus der eben sehr deutschen Geschichte, aus dem Holocaust also, und die Ignoranz anderer Geschichten. Beispielsweise der Geschichte anti-kolonialer Verbundenheit des südafrikanischen ANC mit den Palästinensern. Oder der Erfahrung, dass nur der gewaltsame Widerstand zur Befreiung führt. Diese Erfahrung haben wir in Deutschland ja gerade nicht gemacht. Wir sind von außen befreit worden. Südafrika, Mosambik, Indonesien und viele andere post-koloniale Staaten haben sich selbst befreit. Jetzt werfen die USA – und Deutschland – Nahrungsmittel für die notleidende Bevölkerung im Gazastreifen ab, dabei müssten Lieferwagen über die Landgrenze kommen, nachdem große Teile des Gazastreifens mit US-amerikanischen Bomben zerstört worden sind. Mehr als 30.000 Tote in Gaza und Washington gelingt es nicht, Netanjahu zu stoppen.

Corona, die Ukraine, Gaza und die Schulden – das sind sehr unterschiedliche Krisen mit ganz unterschiedlichen Lösungen. Ich will nur zum Schluss nochmal verallgemeinern, weil es sich hier so gut anbietet: im Globalen Süden erkennt man häufig den Westen als eigentlichen Verursacher vieler Krisen. Die **Klima-Krise** verdeutlicht das am allerbesten: natürlich war es vor allem anderen die fossile Industrialisierung im Westen, die die Klimakrise ausgelöst hat. Die Folgen wiederum sind vor allem im Globalen Süden spürbar – als Dürren, Überschwemmungen, Stürmen oder extreme Hitze. Dabei fällt es den Staaten des Globalen Südens besonders schwer, sich gegen die Klimafolgen zu wappnen, weil sie dort geografisch geballt auftreten und weil oft die finanziellen Mittel dazu fehlen.

Und wenn der Westen die Krise schon nicht selbst verursacht hat, dann macht er sie zumindest schlimmer. Wie mit dem Insistieren auf dem Patentschutz der hochwertigen westlichen Impfstoffe während Corona noch auf der ganzen Welt wütete. Diese Verurteilung des Westens mag ungerecht sein, sie übergeht auch die vielen guten Seiten und Initiativen. Sie ist aber gerade deswegen so verbreitet, weil auch etwas dran ist. Andersherum gesagt: die chinesische und russische Propaganda bezieht sich ständig auf diese und ähnliche Vorwürfe, weil in weiten Teilen der Welt der Nährboden dafür schon lange da ist. Weil der Westen schon allein aufgrund seiner Präsenz nicht unbeteiligt ist, an den globalen Krisen und weil er Erwartungen schürt mit seiner Rhetorik der „liberalen internationalen Ordnung“, der „Wertegebundenen Außenpolitik“, der Demokratie und Menschenrechte.

All das soll nicht eine einseitige Wahrnehmung durch eine andere ersetzen. Der Westen ist nicht alleine an allem schuld, um es mal ganz plump auszudrücken. Im Globalen Süden verdient die Eliten munter mit. Und nur weil der Westen oft falsch lag, ist der Globale Süden nicht fehlerlos. Dennoch finde ich es wichtig die Unterschiede in der Wahrnehmung der internationalen Politik einmal auszubuchstabieren. Weil damit auch die Politik der Gegenwart verständlicher wird. Was haben diese schematischen Brüche zwischen Westen und Globalem Süden also zur Folge für unsere Außenpolitik gegenüber den Staaten des Globalen Südens?

Dazu **vier** Gedanken.

1. Zunächst mal, die Vorwürfe und **Klagen gegenüber dem Westen sind nicht neu**. Sie werden aber lauter vorgetragen, gerade weil viele Regierungen heute mehr denn je das Gefühl haben, dass sie sich das auch leisten können. Der Bundeskanzler spricht regelmäßig von einer multipolaren Welt. Südafrika und andere afrikanische Staaten versuchen in der Ukraine – einem Krieg in Europa – zu vermitteln. Den USA gelingt es offenbar nicht einmal ausreichend Druck auf den engen Verbündeten Israel unter Netanjahu auszuüben. Frankreich wird in seinen ehemaligen Kolonien in Westafrika vom Hof gejagt und die Deutschen gleich mit. Stattdessen drängt sich Russland als Sicherheitspartner auf. Die Liste ließe sich fortsetzen. Wir erleben also eine

sichtbarere Auseinandersetzung zwischen den Staaten des Westens und denen des Globalen Südens, gerade weil die Welt multipolar ist. Das macht uns Angst, muss aber nicht nur schlecht sein, vielleicht hilft es beiden Seiten auch ehrlicher zu sein.

2. Jedenfalls werden unsere Beziehungen zumindest zu Teilen des Globalen Südens in einer multipolaren Welt wichtiger, das ist mein zweiter Punkt. Sie werden **politisiert**, stehen auf einmal im Zentrum der politischen Debatte, zumindest manchmal. Weil sich der geopolitische Wettbewerb verschärft hat, weil Deutschland international auf Partnersuche ist. Die Politisierung unserer Verhältnisse mit den Staaten des Globalen Südens dürfte dazu führen, dass auch die staatliche Entwicklungszusammenarbeit **politischer** wird. Sie mehr noch als bisher auf geopolitisch bedeutsame Räume konzentriert und andere außer Acht lässt. Weil sie – zynisch – nicht zählen oder weil ein Engagement riskant wäre, angesichts der Präsenz anderer Mächte mit mehr Einfluss.
3. Drittens, eine multipolare Welt ist **transaktionaler** als wir das gewohnt sind und uns vielleicht auch wünschen. Die Staaten des Globalen Südens haben die Auswahl, zwischen China, Japan, vielleicht der Türkei oder den Vereinigten Arabischen Emiraten, wenn es darum geht einen neuen Hafen zu bauen, der den Zugang zum Weltmarkt erleichtert. Das ist das Gute an einer multipolaren Welt, dass sich alternative Partner anbieten, egal ob es um die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen, um EZ-Projekte oder um Rüstungskoperationen geht. Tatsächlich haben ja viele Staaten im Globalen Süden eine besondere Kompetenz darin entwickelt, rivalisierende Geberstaaten gegeneinander auszuspielen. Sie sind uns da vielleicht sogar voraus. Geben und Nehmen. Nicht Autokratien gegen Demokratien, sondern Angebot und Nachfrage.
4. Nachteilig, und das ist der vierte Punkt, nachteilig an einer multipolaren Welt ist die ihr vielfach unterstellte – und derzeit ja auch erkennbare – **Instabilität**. Die Identifizierung von klar trennbaren Blöcken wird schwieriger. Der Westen, auch wenn sich das gerade anders anfühlt, ist genau so wenig ein Block wie der Globale Süden. Darin liegen auch Chancen. Erstmal ist das aber natürlich eine Herausforderung: eine komplexer werdende internationale Politik, man muss genau hinschauen, was die einzelnen Staaten im Globalen Süden eigentlich von uns erwarten, was sie von anderen bekommen können und was wir dort wollen. Wo reichen unsere Mittel, um einen Unterschied zu machen, wo sind sie weit davon entfernt? Und: wie können wir dazu beitragen, die Instabilität einer multipolaren Welt zu mindern, durch die Stützung internationaler Institutionen etwa, die allen Staaten einen Sitz und Stimme geben. Denn

auch in einer multipolaren Welt ist die Mehrzahl aller Staaten keine Großmacht und wird es nie sein – Deutschland übrigens auch nicht. Darin liegt die strukturell größte Herausforderung gerade für Deutschland und die EU – wie kann man die der multipolaren Welt innenwohnende Instabilität zu mindern versuchen, die bestehenden Mehrheiten für die Regulierung der internationalen Beziehungen nutzbar machen und trotzdem realistisch bleiben?

Ich will damit schließen. Vielen Dank, ich bin gespannt auf die Diskussion.

Wir sind nicht alle – Der Globale Süden und die Ignoranz des Westens
Keynote zur Eröffnung der 21. Entwicklungspolitischen Konferenz der Kirchen und Werke
Dr. Johannes Plagemann
Wuppertal, 19.3.2024